

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

12 (15.1.1920)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M., durch unsere Träger zugestellt 2.10 M., am Postamt 2.15 M. durch den Postboten zugestellt 2.30 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 50 J., Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Die neue Blutschuld der Unabhängigen.

Die nunmehr vorliegenden genaueren Nachrichten über die blutigen Vorgänge am Dienstag vor dem Reichstagsgebäude beweisen im Zusammenhang mit anderen Vorgängen und Taten die Blutschuld der Unabhängigen. Wir konnten bereits in der Diensttagsausgabe nachweisen, daß die Unabhängigen umfassende Vorbereitungen zum Sturz der Regierung trafen, daß Frau Rieg, Wurm und Lämmig mit den Kommunisten verhandelt, um die Unterstützung der Kommunisten zu erhalten. Die Unabhängigen hegten im ganzen Reich besonders die Eisenbahner zum Streik und zur passiven Resistenz auf. Durch eine allgemeine Verfehrstörung wollten sie die Nahrungsmittelversorgung in den Städten und Industriebezirken lahm legen, ebenso die Betriebe. Der Hunger und die Arbeitslosigkeit sollen die Folge sein, die ohnehin ungemein schwierige Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln in wenigen Wochen total zusammenbrechen. Das würde den Hungertod von Hunderttausenden bedeuten, die völlige Verelendung gerade der Massen der Arbeiter, der kleinen Beamten und Angestellten. Das alles läßt die Unabhängigen kalt. Sie wollen die Herrschaft haben, mögen auch noch so große Volkskriege darüber elend zu Grunde gehen.

Der Reichszentralrat hat gestern in der Nationalversammlung in kernigen Worten das traurige Verhalten der Unabhängigen gegeißelt und ihnen das Kennzeichen des Bürgermordes auf die Stirne gedrückt. Er kündete an, daß nunmehr rücksichtslos gegen die Verderber des deutschen Volkes vorgegangen werden wird.

Die die militärischen Reaktionen, wie die Junker und die krupellosesten Schwerindustriellen, fürchten die Unabhängigen — und zwar mit Recht — daß es der Sozialdemokratie mit Hilfe der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien gelingen werde, die fürchterlichen Schwerkriegskrieg der Gegenwart wie der nächsten Monate zu überwinden. Dann bricht der ganze unabhängige Epizykel zusammen, wie auch dann die Reaktion ihr Spiel verloren hat. Die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Möglichkeit, die Volksmassen ohne den brutalen Hunger über die kommende schwere Zeit hinweg zu bringen, wird deshalb sowohl von den Reaktionen wie von den Unabhängigen systematisch zu zerstören versucht.

Beide Richtungen arbeiten sich denn auch in großem Wettstreit in die Hände; die eine Richtung versucht stets aus dem Treiben der anderen parteipolitischen Nutzen und Gewinn zu ziehen.

Zur Einleitung der umfassend vorbereiteten Aktionen zum Sturz der Regierung brauchten die Unabhängigen wieder ein Blutvergießen. Sie wußten genau, daß, wenn sie die Massen gegen den Reichstag führen, unbekannte Elemente auftauchen werden — d. h. unbekannt für die Massen —, die zu Gewalttätigkeiten aufreizen werden. Und doch man in Berlin, wo das Großstadtsindulge so fort zur Stelle ist, wenn es Kadav zu verüben gibt, im An Gewalttätigkeiten herbeiführen kann, wissen die Unabhängigen wiederum sehr genau.

Die Regie kloppte auch. Der alte Geyer, ein im Kriege sehr reich gemordeter Mann, mußte zu Beginn der Sitzung gegen die Sicherheitsmaßnahmen protestieren; Frau Rieg winkte den Demonstranten zu — das übrige besorgten die Redner inmitten der Menge. Und nachdem den Massen klar gemacht worden war, daß die Gruppe im Reichstage nur schwach ist, wurde der Sturm unternommen.

Dabei haben sich die Militärbehörden wieder einer der schon öfters beangenen Unterlassungsläden schuldig gemacht. Die Regierung wußte doch, was bevorstand; sie wußte, welche Pläne die Unabhängigen hegten. Da mußte die Besetzung des Reichstags von Anfang an so augenfällig stark sein, daß den Krakeleten auf der Straße von vornherein die Luft zum Stürmen verging. Ebenso unverzeihlich von den Militärbehörden war wieder der alte Unfug, kleine Truppen marschieren zu lassen. Dieser Unfug hat sich in Berlin schon während der Märzämpfe blutig gezeigt. Ein von der Menge überwundener kleiner Trupp macht die Erzedenken kühn und koftete dann reichlich Blut. Wird die Truppe einmal eingeleitet, dann auch so, daß sie wirksam zu handeln vermag. Wenn es den Unabhängigen gelungen wäre, in den Reichstag einzudringen, wäre die Nationalversammlung einfach gesprengt worden; wenige Stunden später wäre in Berlin der wüßteste Durcheinander entstanden. Die Folgen hätten geradezu katastrophal sein müssen hinsichtlich der Wirkung im In- und Auslande. Solche Maßregeln sind stets das schlimmste und gefährlichste. Sie fordern in der Regel auch Blut und stets mehr Opfer, als energetisches Zugreifen von Anfang an. Hoffentlich hören endlich diese unheilvollen halben Maßnahmen auf, im Interesse erfolgreicher Abwehr und — um Opfer an Menschenleben zu vermeiden.

Wir hoffen auch, daß es in Süddeutschland im allgemeinen nicht zu Unruhen kommen möge. Mögen die Arbeiter bei uns aus den traurigen Vorgängen in Berlin vernünftige Lehren ziehen. Wir begrüßen es, daß über Süddeutschland der Belagerungsstand nicht verhängt

worden ist, der ja überhaupt nur im dringendsten Falle angewendet werden soll.

Daß es hier nicht auch zu Unruhen und Menschenopfern kommt, dazu können die Arbeiter entscheidend beitragen, wenn sie allen Verführern, sie aufzuputchen, energisch und sofort den gebotenen Widerstand entgegenstellen. Wir erwarten, daß das auch überall geschehen möge.

Beladen mit neuer Blutschuld sollten die Unabhängigen bei den Arbeitern kein Gehör, sondern kräftige und klare Ablehnung erfahren. Es ist höchste Zeit, daß die gesamte Arbeiterschaft sich auf ihre Pflichten besinnt und danach handelt.

Ein Aufruf des Parteivorstandes.

W.D. Berlin, 14. Jan. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtete im „Vorwärts“ einen Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen, der zunächst schildert, wie gestern verbredliche Elemente einen Angriff auf die Mannschaften und die Sicherheitspolizei machten und die Abwehr erzwangen. Unabhängige und kommunistische Drahtzieher treffen schwere Rückschlüsse, da diese wußten, daß dieses Demonstrieren vor dem Gebäude der Nationalversammlung ein gewisses Spiel mit Menschenleben sei. Der Aufruf appelliert an das Rechtsgefühl der Arbeiterschaft und fragt: Ist es recht, wenn Abgeordnete auf dem Wege zur Nationalversammlung angehalten und belästigt werden, wenn die Volkvertretung unter den Druck des Terrors gestellt wird und wenn Organe der Republik abgewehrt und beschimpft, entmannt und mißhandelt werden. Schließlich werden die Arbeiter aufgefordert, sich nicht durch ersogene Darstellungen in eine neue Torheit hineinzulassen.

Die Parteifunktionäre der Groß-Berliner Sozialdemokratie.

Berlin, 15. Jan. In einer Zusammenkunft sämtlicher Parteifunktionäre und Betriebsleiter der Reichsbahn- und Reichspostbetriebe wurde gestern die Entschiedenheit angenommen, der tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, daß die Gewalttätigkeit der Reaktionäre der unabhängigen Demonstration am Reichstagsgebäude zu einem schweren Blutvergießen geführt hat. Die Anhänger der Diktatur der Gewalt und des Terrorismus trügen auch die Schuld, wenn die Regierung gezwungen sei, zur Sicherheit der ungeschützten Arbeit der deutschen Volkvertretung und zur Abwehr der Gewalt den Ausnahmezustand zu verhängen, und doch zur Zeit nur durch diese Maßnahmen die Freiheit der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung gesichert werden könnten. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft möge alle unabhängigen und kommunistischen Versuche zur Instrumentierung eines Generalstreiks mit Entschiedenheit zurückweisen. Nur wenn jetzt endgültig mit der Gewaltpolitik Schluss gemacht und die demokratische und sozialistische Wiederaufrichtung Deutschlands in die Hand genommen werde, würde das Blut am Reichstagsgebäude nicht umsonst geflossen sein. Im Laufe der Debatte hob der Abg. Sellmann hervor, daß unter den Demonstranten eine große Anzahl von Matrosen bemerkt worden sei. Da es in Berlin keine Matrosenregimenter gäbe, so forderte er, daß künftig jeder Matrose anzuhalten und nach seinem Ausweise zu fragen sei. Mit der Mariniform, dem Symbol der deutschen Revolution, sollten keine schmutzigen Geschäfte gemacht werden.

Sicherung des Reichstagsgebäudes.

W.D. Berlin, 14. Jan. Wegen der gestrigen Vorgänge werden heute die Vorkehrungen am Reichstage besonders streng gehandhabt. Alle fünf Portale sind mit Maschinengewehren besetzt. In der Sommerstraße wurde ein großes Plakat aufgerichtet mit der Aufschrift: Wer weiter geht, wird erschossen! — Die Wilhelmstraße ist durch Drahtverhau abgesperrt.

Zu den blutigen Berliner Vorgängen.

W.D. Berlin, 15. Jan. Verhaftungen von Leuten, die einwandfrei als Führer der Bewegung bekannt geworden sind, wurden laut „Berl. Tagebl.“ 15 vorgenommen. Weitere dürften bevorstehen, sobald die Untersuchung vorgeschritten ist. Einer der von den Anführern verhafteten Sicherheitsmänner wurde getötet in einem Keller gefunden.

Bei den Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgültig festgestellt dürfte, 42 Tote und 105 Verletzte gezählt worden. Von den Toten befinden sich 21 im Schulhaus, die übrigen in verschiedenen Krankenhäusern.

Neue Unruhen in Hamburg.

Münster i. W. In der Nacht zu vorgestern ist es in Hamburg zu erneuten Unruhen gekommen. Als kleine Truppenabteilungen zur Wiederherstellung der Ordnung in Hamburg einmarschierten. Dem einmarschierenden Gros der Truppen stellten sich vormittags die Demonstranten entgegen, wobei es zu Schießereien kam. Dabei wurde ein Zivilist getötet und sieben mehr oder weniger schwer verletzt. Auch soll ein Offizier erschossen worden sein, doch sind hierüber bestimmte Nachrichten zur Zeit nicht erhältlich. Das Militär hatte sonst keine Verluste. 23 Zivilisten wurden verhaftet.

Vom Streik der Eisenbahner.

W.D. Deuthen i. Oberschl., 14. Jan. Ueber die gestrige Lage der ober-schlesischen Eisenbahner ist zu berichten, daß die Güterbodenarbeiter in Gleiwitz seit gestern nachmittag sich im Auslande befinden. Sämtliche Arbeiter von Danewitz haben sich dem Streik angeschlossen. Leiber sind auch verschiedene Sabotagefälle seitens der Arbeiterschaft der ober-schlesischen Industriebezirke vorgekommen. Militärschutz wurde daher eingefordert. In Glogow ist seit gestern nachmittag die Hälfte der Arbeiterschaft wieder zur Arbeit erschienen. Ebenso ist in Glogow der Streikbeschluss aufgehoben worden. Im allgemeinen aber ist die Streiklage dieselbe wie am Tage zuvor.

W.D. Frankfurt a. M., 14. Jan. Die Lage in der Eisenbahnerbewegung sieht sich auch im Frankfurter Eisenbahndirektionsbezirk zu. Die Eisenbahner der Amter Bezdorf, Wernburg, Weimar, Rimbürg und Gießen sind von der gegenwärtig

in Berlin tagenden Kommission in die dritte Lohnklasse eingereiht worden, während die Eisenbahndirektion eine Einreihung in die erste Lohnklasse als dringend nötig erachtet hatte. Mit diesem Entscheid geben sich die Eisenbahner dieser Amter nicht zufrieden und drängen, falls die Beschlüsse der Berliner Kommission nicht zurückgezogen werden, mit dem Streik. Dadurch würde der Verkehr mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet vollständig unterbunden. Auch die Eisenbahnerleiter der Frankfurter Werkstätten werden unruhig, da sie über ihre Einkommenverhältnisse vollständig im Unklaren sind, während den Handverlern bereits vor 8 Tagen ein Stundenlohn von 3.55 M. zugestanden wurde.

Wahnsinnige Bergarbeiter.

W.D. Essen, Ruhr, 14. Jan. Die Bergarbeiter von neun Bezirken sind in einen Sympathiestreik für die Eisenbahner eingetreten. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 1022 Mann.

Aus dem Schachergeschäft der Entente.

W.D. Paris, 15. Jan. Der „Matin“ schreibt: Am Verlauf des gestrigen Tages hat Ritti die letzten Konfessionen gemacht. Italien verzichtet auf ganz Dalmatien mit Ausnahme eines besonderen Regimes für Zara, verzichtet auf sein Programm auf Neutralisierung der Ufer und auf einen Teil seines Mandats über Albanien, vorausgesetzt, daß man ihm einige kleine Inseln überläßt, die Italien von Wilson selbst zugestanden wurden, und daß die Stadt Fiume, die durch einen engen Verbindungsweg mit Italien verbunden wird, seiner Oberhoheit unterstellt würde. Frankreich und England, die an sich auch gegenüber den Serbo-Kroaten und Slowenen freundschaftliche Gefühle hegten, sind entschlossen, bei der Belgrader Regierung nachdrücklich, wenn auch in herablassender Form, vorstellig zu werden. Falls die Jugoslawen sich im Laufe des gestrigen Tages entschlossen haben sollten, nachzugeben, wird Ritti ihnen untergütlich einen Vertrag vorschlagen. Zu diesem Zweck berief Ritti verschiedene Minister nach Paris.

Bereinigte Staaten und Völkerverbundrat.

W.D. Washington, 15. Jan. Die Vereinigten Staaten werden an der ersten Sitzung des Völkerverbundes, der am 16. ds. Mts. vormittags 10 1/2 Uhr, in Paris stattfindet, nicht teilnehmen. Weiter wird berichtet, daß die Vereinigten Staaten wohl auf ihren Anteil an der Tonnage der abgelieferten deutschen Kriegsfahrzeuge verzichten, daß sie aber ihren Teil an der deutschen Tonnage beanspruchen, der als Wiedergutmachung für die bei Scapa Flow versenkten Schiffe zu liefern ist.

Die amerikanischen Bischöfe an Lebensmittelkontrollen Hoover.

Der Sonderausschuß der Generalkommission der Methodistenkirche für Nothilfe und Wiederaufbau, der unter Führung von Bischof Dr. Ruelsen Deutschland besucht und sich in diesen Tagen mit einem Lebensmittelzug nach Wien begeben hat, hat, wie uns mitgeteilt wird, an Herbert Hoover, den amerikanischen Lebensmittelkontrollen, folgendes Telegramm geschickt:

„Auf Grund persönlicher Untersuchung der Verhältnisse auf ausgedehnten Reisen unterstützt die Abordnung der amerikanischen Methodisten dringend Ihren Aufruf zur Hilfeleistung für Millionen Menschen, die in Europa Hungers sterben. Bischöfe Burt, Shepard, Ruelsen, Sanford Crawford, Superintendenten Richardson, Dr. Buder.“

Von Wien begeben sich die Herren über Budapest nach Jugoslawien, Bulgarien, Serbien und der Türkei.

Politische Umgruppierung in Frankreich?

W.D. Paris, 15. Jan. Die definitive Aufstellung des Büros der Kammer gab Anlaß zu einer Sympathieumgebung für den Kammerpräsidenten Deschanel. Einige Deputierten beklagten Deschanel zu seiner Wahl, der erklärte, er werde die Bedeutung des abgegebenen Votums nicht verkennen. Der Erfolg der Wahl als Kammerpräsident sei das Vorbild des Sieges, der ihn in Versailles anlässlich der Präsidentschaftswahl erwarbe, falls er sich zur Kandidatur entschließe. Auf das Drängen der Deputierten seine Absichten mitzuteilen, antwortete Deschanel, daß die Kammergruppe bald eine Vorbesprechung abhalten werde und daß es bei dieser Konferenz liege, über die Kandidatur zu entscheiden.

Ueber das Ergebnis der Senatswahlen sagt der „Temps“: Bei den Kammerwahlen hat das Land mit einiger Härte zum Ausdruck gebracht, daß es in der Kammer ein neues politisches Personal wünsche, bei den Senatswahlen sendet es in das Palais Luxemburg eine gewisse Anzahl derrer, die es vom Palais Bourbon fern gehalten hat. Es sei nicht schlecht, daß der Senat eine Vereinigung bleibe, in der die politische Erfahrung die oft stürmische Initiative der Kammer vervollständigt. In der Wahl des Präsidenten Poincaré sieht der „Temps“ eine politische Tatsache, die die Lehren vom 16. Nov. vervollständigt. Das Land bleibe geschlossen republikanisch. Es möge weder eine Politik nach rechts, noch eine Politik der äußersten Linken, aber auch kein Kompromiß mit den Anhängern des revolutionären Sozialismus.

Die Entwicklung der französischen sozialistischen Partei.

In der „Humanité“ gibt der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, L. D. Frossard, einige Zahlen über die Entwicklung der Partei an. Danach zählte die Partei im Jahre 1905 34 658 eingeschriebene Mitglieder, im Jahre 1909 51 692, im Jahre 1911 63 358 und vor Kriegsausbruch (am 31. Mai 1914) 77 125. Während des Krieges ging diese Zahl rasch zurück: 1915: 24 638, 1916: 24 858 mit einer kleinen Besserung, 1917, wo diese Zahl auf 28 080 stieg.

Am 31. Dezember 1918 zählte die Partei 35 793 Mitglieder und ein Jahr später, also bei Abschluß des Jahres 1919: 133 327 eingeschriebene Mitglieder.

Im Jahre 1914 zählte die Partei 84 Bezirksverbände, jetzt 95, das heißt einen in jedem französischen Departement, sowie in Algier, Tunis und den hauptsächlich französischen Kolonien.

Beordnung, ung hierzu ebung des Stadt: als n Landes- 12080, für ift wie folgt enleitung M., jede ertelstunde M., jede um ist ber inkunft zu ue Gebilge n nicht zur ulden des emann den enen. 16 Marz. 03 7. Fälle des der Num- der Weise mit 7000 13000 Schluf. stkräumen 3. Stof, bis 12 1/2 literiums in weiter den 15h- 6ecres. 186 bak 1910 burg nte. 1000 6000 10000 8000 8000 6000 15000 10000 15000 6000 15000 15000 15000 20000 15000 15000 25000 20000 133 tag le cher kten. , der .: unum r nor! in 1914 D.

Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.

II

Bemängelt wird an dem Gesetzentwurf, daß er nicht von Mitbestimmungsrecht, sondern nur vom Mitwirken der Betriebsvertretungen spricht. Sollte das nicht ein Streit um Worte sein? Wenn ich mitwirkte, dann bestimmte ich mit. Der Unternehmer ist nicht mehr der alleinige Herrscher, kommt bei dem Mitwirken zwischen ihm und der Betriebsvertretung keine Einigung zustande, dann entscheidet der Dritte, der Schlichtungsausschuß, dessen Entscheidung sich genau so gegen den Unternehmer wie gegen die Betriebsvertretung richten kann. Eine andere Regelung ist nicht möglich, wenn nicht das alleinige Bestimmungsrecht gefordert werden soll, das ja auch die Unabhängigen nicht verlangen.

Konturrevolutionär ist nach der Meinung der Unabhängigen auch die vorgesehene Organisation der Betriebsvertretungen, das Nebeneinander von Betriebsrat, Arbeiterrat und Angestelltenrat. Auch dabei wird über das Ziel hinausgeschossen. Alle gemeinsamen Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten regelt der Betriebsrat, in dem beide Gruppen je nach ihrem Stärkeverhältnis vertreten sind. Es wird also keineswegs geteilt, „um zu herrschen“. Nur die besonderen Angelegenheiten jeder Gruppe soll diese selbst regeln. Damit stimmt das Gesetz auch wieder mit der gewerkschaftlichen Praxis überein. Keine Arbeitergewerkschaft möge sich an die Verhältnisse der Angestellten regeln zu wollen oder umgekehrt. Weiter sagt auch das Gesetz nichts. Und daß die Gruppen getrennt wählen, das läßt sich ohne weiteres beseitigen. Die Arbeitnehmer brauchen nur einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Sie haben dazu das Recht. Es wird sich in der Folge zeigen, wie oft davon Gebrauch gemacht wird.

Für manche Berufe soll das Gesetz eine Ausnahme sein, so für die Beamten, die in der Schifffahrt Beschäftigten, die Eisenbahner, die Buchdrucker? Was ist denn daran? Glaube man wirklich jemand, daß für Beamte ohne weiteres zutrifft, was für die Arbeiter gilt? Die Hauptsache ist, daß sie die für sie passende Vertretung erhalten, und die Regierung wird befriedigende Erklärungen dieser Art abgeben müssen. Glaub' jemand, daß für die beständig unterwegs befindlichen Eisenbahner ein Gesetz eigne, das auf feststehende Betriebsverhältnisse eingerichtet ist? Auch hier gilt wieder: das passende Gesetz muß sobald als möglich erlassen werden. Die Eisenbahner müssen sich verlegen, weil für ihre Betriebe besondere Bestimmungen erlassen werden sollen, die die Grenzen der Wahlbezirke und die Befugnisse der hier nebeneinander notwendig werdenden Einzel- und Gesamtbetriebsräte abklärt. Geht das denn anders bei einem Betriebe, der sich über mehrere Länder erstreckt? Was not tut, ist nur, daß diese Bestimmungen sofort herauskommen.

Anderes liegt es bei den Buchdruckern, die infolge der Stellung ihrer Unternehmenseinrichtung Recht zur Verunsicherung haben. Hier wird im Namen der Nationalversammlung einwandfrei festgestellt werden müssen, daß die einengenden Vorschriften des Gesetzentwurfs den technischen Betrieb in keiner Weise berühren, daß hier die Buchdrucker genau so mitzureden haben wie andere Berufe in anderen Betrieben. Das Gesetz will nur, daß die Betriebsräte der Buchdrucker nicht aus den Gedanken kommen, auf den Inhalt der Zeitungen oder sonstigen Verlagswerke einzuwirken. Das war im Buchdruckerverband immer schon Grundgedanke. Hier wird nichts Neues geschaffen. Allerdings sollen in politischen Betrieben auch die Vertretungen im Aufsichtsrat beschränkt sein, auch die Bilanz soll nicht vorgelegt werden. Das ist eine Einschränkung, durch die aber lediglich verhindert werden soll, daß in politischer Beziehung Mißbrauch durch die Betriebsvertretungen getrieben wird. Daran sind alle Parteien interessiert, und ich glaube nicht, daß die Buchdrucker, weil sie nicht die eine oder andere Bilanz zu sehen bekommen, in Zukunft ihre Lohn- oder Tarifbewegungen nicht mit der gleichen Kraft durchzuführen können wie bisher. Mir erscheint überhaupt sehr fraglich, ob die Vorlegung der Bilanz den gewerkschaftlichen Forderungen, die doch im großen und ganzen allgemeiner Art sind, bei denen daher von dem Stand des Einzelgeschäftes abgesehen wird, besonders dienlich gemacht werden kann. Hier entscheidet doch die Lage des Gesamtgewerbes.

Alles in allem: Die Sozialdemokratische Partei wird sich bemühen, das Gesetz in dem angezeichneten Sinne zu verbessern. Bei der Verantwortung, die sie trägt, kann sie sich aber nicht auf

den billigen negativen Standpunkt stellen, den die Unabhängigen einnehmen, die, wenn sie die Verantwortung hätten, auch anders handeln würden wie jetzt. Was sagen die Arbeiter zu B. dazu, daß die Unabhängigen bei den Ausschüßberatungen oft gar nicht, zum Teil nur teilweise anwesend waren und daß sie dann das sagen, als sei ihnen der Mund zugeteilt, daß sie oft bei Verbesserungsanträgen, die wir stellen, sich der Abmüdigung entziehen, und daß sie selbst keine Verbesserungsanträge stellen?

Es ist richtig: Der jetzt vorliegende Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte ist ungenügend. Wenn wir deshalb den Entwurf ablehnen, würden wir das Betriebsrätegesetz jetzt so stillen lassen, da die gegenrevolutionären Parteien in der Nationalversammlung, die Deutschnationale Partei und die Deutsche Volkspartei, in dem Entwurf einen zu weitgehenden Eingriff der Arbeiter in die Betriebsleitungen sehen, deshalb eben falls dagegen stimmen, und wir, mit ihnen zusammen die Mehrheit in dieser Frage bilden würden.

Jugendlich hat die allgemeine wirtschaftliche Not uns vor eine unauflösbare Aufgabe gestellt. Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich aus dem unerträglichen Elend herauskommen. Das können wir nur dadurch erreichen, daß wir den Vertrag unserer gemeinsamen wirtschaftlichen Arbeit mehr und mehr steigern und eine sachgemäße Regelung der Arbeit und eine angemessene Verteilung des Arbeitsertrages sichern.

Wieder haben die Arbeiter diesen Kampf in der Hauptsache durch Arbeitsvereinigungen geführt. Arbeitsvereinigungen verringern in der Regel den Ertrag der gemeinsamen wirtschaftlichen Arbeit. Das bedeutet bei der gegenwärtigen Not unseres Volkes, daß die Zufuhr von Lebensmitteln usw. noch mehr zurückgeht und die große Masse des Volkes noch mehr leiden muß. Je schlimmer die wirtschaftliche Not des Volkes wird, um so größer wird die wirtschaftliche Hebermacht der Volkswirtschaft. Die Warenpreise steigen immer mehr. Die Großunternehmer können nicht nur den Betrag draufschlagen, den sie während der Arbeitsvereinbarung einbüßen, sondern auch das Mehr an Löhnen, das sie fernerhin zahlen müssen.

Die Arbeiter bekommen infolge der erfolgreichen Lohnbewegung zwar mehr Papiergeld, aber nicht mehr Lebensmittel, Nahrung, Kleidung, usw. Die jetzigen Löhne sind so „hoben“ höher, als für die Arbeiter bei weitem nicht das, was sie vor dem Kriege mit ihrem damaligen Verdienst kaufen konnten. Die Arbeiter sind keine Kriegs- und Revolutionsgewinnler; ihre Verhältnisse sind mit dem zunehmenden Volkselend nicht besser, sondern schlechter geworden; ihre Lohnbewegungen konnten diesen Wiedergang nur verlangsamen, aber nicht verhindern.

Der Wiedergang muß aber endlich durch den Aufstieg wieder abgelehrt werden — durch den Aufstieg des ganzen Volkes, durch den sozialistischen Aufstieg. Das ist ja der Gegenstand des Sozialismus zum Kapitalismus, daß der Sozialismus allen Menschen die Bahn zu einem menschenwürdigen Leben eröffnet, daß er jedem einzelnen Menschen hilft durch das Geben der Gesamtheit, und daß er nicht, wie der Kapitalismus, den Vorteil einer Klasse fördert auf Kosten aller anderen Menschen. Deshalb entspricht dem Sozialismus in der jetzigen Zeit nur ein solcher Kampf, der nicht den Arbeitsertrag verringert und dadurch die Gesamtheit schädigt, sondern der den Arbeitsertrag erhöht, ein Kampf der den Arbeitern einen immer größeren Einfluß auf die Regelung der gemeinsamen Arbeit und die Verteilung des Arbeitsertrages bis zur völligen Vergesellschaftung der Großbetriebe erzwingt, ohne daß die Arbeit immer wieder eingestellt werden muß.

Dazu bedarf es eines immer größeren Druckes der Arbeiter auf die Gesetzgebung. Dem ist durch die neue Verfassung vorgebehalten; das freie, allgemeine und gleiche Wahlrecht für die in letzter Linie maßgebenden Volksvertretungen ist eine wichtige Waffe in diesem Kampfe. Aber auch die Waffe wird stumpf, wenn die Arbeiter mit ihren Lohnbewegungen keine weiteren Ergebnisse erzielen als bisher. Denn dann verliert so mancher Arbeiter, unter dem Druck der doch immer schlimmer werdenden Not, die Siegesgewissheit und damit die Tapferkeit und die Ausdauer und geht sich schließlich von dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf zurück.

Wer kann angesichts der jetzigen Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung noch daran zweifeln, daß für absehbare Zeit eine Gewalttätigkeit der Arbeiter gegen den Willen der Volksmehrheit und gegen den fast einmütigen Widerstand der Bauern sehr schnell zu einer allgemeinen unerträglichen Hungersnot, zum völligen Zusammenbruch unseres Volkes führt — genau so wie eine Gewalttätigkeit der Großkapitalisten gegen den einmütigen Widerstand der Arbeiter.

Dieses Unglück müssen wir von unserem Volke fernhalten.

Dennoch bleibt uns kein anderer Ausweg, als uns auch bei Verfechtung für diesen Zweck in bedienend und auch von hier aus das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Regelung der gemeinsamen Arbeit und der Verteilung des Arbeitsertrages auszubauen.

Aber es geht doch Schritt für Schritt vorwärts auf unser Ziel. Der jetzt vorliegende Entwurf des Betriebsrätegesetzes soll den Arbeitern das Recht geben, ihre Vertreter in die Leitungen der größeren Betriebe zu entsenden, Einbild in den Geschäftsgang und in die Geschäftsführung zu gewinnen und auf Grund dieser Verbindungen und Kenntnisse für die Arbeiterforderungen einzutreten. Sicher genügen nicht diese Rechte allein. Aber hinter ihnen stehen doch die Arbeiter selbst, ihre Gewerkschaften, ihre Presse, ihre Vertreter in den Volksvertretungen und — als letztes Mittel — die Arbeitseinstellungen. Alle diese Machtmittel werden durch das Betriebsrätegesetz nicht geschwächt, sondern gestärkt, weil die Arbeiter neue Gelegenheiten bekommen, sie einzusetzen. Dabei werden sie so manche notwendige Verbesserungen in der Regelung der Arbeit und in der Beseitigung der gemeinsamen Arbeit erreichen. Das erst wird den Arbeitern den vollen Erfolg ihrer Bewegung verschaffen, für sie selbst und für die Gesamtheit, und es wird dazu führen, daß den Arbeitern immer mehr Rechte eingeräumt werden.

Die Unternehmer fürchten die Wirkungen des Betriebsrätegesetzes und suchen sein Mittel, um das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Wir Sozialdemokraten aber müssen wir noch bis zum letzten Augenblick alles versuchen, um den Entwurf möglichst zu verbessern, etwaige Verhinderungsversuche der Rechte mit aller Kraft abwehren, aber von vornherein ablehnen — wie die Unabhängigen fordern — dürfen wir nicht das Gesetz.

Politische Uebersicht.

Das neue Reichswehrgesetz.

Vom 1. April ab wird die Wehrmacht des Deutschen Reiches durch ein neues Reichswehrgesetz, das im Entwurf in den nächsten Tagen fertiggestellt sein wird, seine Grundbestimmungen erhalten.

Der in diesem Entwurf enthaltene § 33 (Politikparagraf) verdient es, vor der Veröffentlichung mit Geheimschutzkraft der Öffentlichkeit bekannt gemacht zu werden. Er lautet: „Die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen ist den Soldaten verboten. Die Soldaten dürfen sich untereinander auch zu nichtpolitischen Zwecken nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten versammeln oder vereinen. Das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden ruht für den Soldaten. Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich im übrigen innerhalb des Dienstbereichs politisch nicht betätigen. Soldaten, die zur Vorbereitung ihrer Wahl für den Reichstag oder einen Landtag beantragt oder als Abgeordnete zu den Körperschaften gewählt sind, dürfen für diese Zeit politischen Vereinen angehören und politische Versammlungen besuchen.“

Diese Bestimmungen werden in einem Teil der Presse angegriffen. U. E. zu unredlich. Soldaten, die sich parteipolitisch betätigen, haben ihren Beruf verfehlt. Wir haben nach dem 1. April nur noch eine ungenügende Wehrmacht. Soweit sie vorhanden ist, muß sie ein zu jeder Stunde funktionierendes und brauchbares Instrument in der Hand der Regierung sein, sonst kann sie keine Regierung bekämpfen und die Ordnung ist nicht aufrecht zu erhalten. Ohne genügende Machtmittel kann auch keine Regierung den Geleiten ein erforderliches Nachdruck verleihen. Wenn die Soldaten aber in alle möglichen politischen Versammlungen gehen und parteipolitische Agitation betreiben, dann ist es um die dringend gebotene Disziplin geschehen — die Kruppe ist dann nur eine Laß für da Volk, aber kein Schwert. Wenn wir das nicht schon früher gewußt hätten, die Erfahrungen seit dem 9. November 1918 haben uns das eindringlich gelehrt.

Vom Kampf innerhalb des Zentrums.

H.C. Fauerbühlschheim, 13. Jan. Ueber den Austritt der bayerischen Volkspartei aus dem Zentrum äußerte sich B. in a n z m i n i k e r Dr. W. r t h einem Schriftleiter des „Kauferboten“ in folgender Weise: Der Schritt der bayeri-

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Tandrup.

„Bergst nicht, daß wir heute die Mutter in die Erde gelegt haben,“ mahnte er. „Wie kannst du es wagen, sie zu beurteilen?“

„Ihr gilt meine Beurteilung nicht,“ erwiderte Maren unbefangenen. „Ich sage nur, daß du des Geldes wegen geheiratet hast. Sind das nicht deine eigenen Worte — kannst du behaupten, du seist durch das Geld glücklich geworden?“

„Wir wollen lieber nicht von mir sprechen.“

„Doch, doch, gerade! Du darfst nicht verlangen, daß ich das selbe traurige Leben führen soll — ich will nicht, nein, ich will nicht!“

„Dies sagte sie so heftig, daß Lars Larsen fast erschraf. Es lag etwas von dem Wesen der Mutter darin, und den Respekt davor wurde Larsen nicht so schnell los.“

„Wir müssen Vernunft annehmen, kleine Maren,“ entgegnete er sanftmütig, „ohne Vernunft geht es überhaupt nicht im Leben.“

„Das war ein wahres Wort, Lars Larsen!“

Verwundert wendete sich dieser um und stand Christensen gegenüber, der unbemerkt eingetreten war.

„Was — was wollen Sie?“ fragte er.

„Mit Ihnen sprechen, Lars Larsen,“ gab Christensen feierlich zur Antwort. „Am liebsten unter vier Augen.“

Maren ging eilig hinaus und blinzelte Christensen noch ermunternd zu, als sie hinter dem Rücken ihres Vaters vorbeifam. Aber der Philosoph blieb unbeweglich wie immer. Er ließ sich nicht herab, zurückzublinkeln, denn er nahm seine Mission ernst.

„Lars Larsen,“ begann er, „ich komme, um mit Ihnen über eine wichtige Sache zu sprechen.“

„Nehmen Sie Platz, Christensen,“ sagte Larsen höflich. „Es ist hoffentlich nichts Ernstes?“

„Etwas sehr Ernstes!“ antwortete der Philosoph.

Larsens Gesicht verblüffte sich merklich. Er setzte eine bedenkenreiche Miene auf, rieb sich die Hände; sein Blick wurde unruhig.

„Wenn es sich nur nicht um Geld handelt, Christensen,“ entgegnete er vorsichtig, indem er fortgesetzt zu dem Ofen hinlief.

„Ja, gerade um Geld,“ gestand der andere.

„Aber Christensen,“ sagte Lars Larsen und wand sich wie ein Wurm. „Wir haben uns doch bisher so gut vertragen; soll uns vielleicht jetzt das dumme Geld trennen? Könnten Sie es nicht wo anders bekommen?“

„Schämen Sie sich nicht, Larsen?“ fragte Christensen mit einem strengen Blick.

„Nein,“ gab dieser verärgert zur Antwort, „warum sollte ich auch? Sie wissen doch, daß ich erst gestern bestohlen worden bin.“

„Gut,“ sagte Christensen aufstehend. „Wenn Sie es so auffassen, weiß ich, was ich zu tun habe.“

„Sie sind mir doch nicht böse, Christensen,“ stammelte Lars Larsen. „Ich wollte Sie wirklich nicht beleidigen.“

„Aber Christensen war für entscheidende Annäherungen unzugänglich. Er tastete an seinem zerlumpte Rock herum, öffnete eine der Windadendklappen, fuhr mit der Hand auf die linke Brustseite und zog einen verrosteten, eisernen Gegenstand hervor.“

„Wissen Sie, was das ist?“ fragte er.

Lars Larsen starrte das Ding erlaunt an. Nein, er wußte es nicht, hatte auch kein Verlangen, es zu erfahren. Aber er ergriff mit Freunden die glänzige Gelegenheit für ein neues Gesprächsthema.

„Das ist wirklich etwas Komisches, Christensen,“ sagte er. „Wozu kann man es brauchen?“

„Es ist eine Bombe,“ antwortete der Philosoph mit unheimlicher Ruhe, indem er sie Larsen hinhielt.

„Eine Bombe?“ wiederholte dieser zurückweisend. „Was ist das eigentlich, Christensen?“

Der Philosoph lächelte ungemüht.

„Sinter dieser Sülle lauert ein Sprengstoff, der das ganze Haus in die Luft jähleudern kann. Sollte man das für möglich halten?“

„Altmattiger! So etwas müssen Sie wirklich nicht mit hierher bringen,“ stammelte Larsen.

„Ich bin dazu gezwungen,“ sagte Christensen, „und ich werde Ihnen auch erklären, weshalb. Aber Sie dürfen nicht gleich aufschreien; denn sobald Sie das tun, werfe ich die Bombe!“

„Christensen — Christensen,“ flüsterte Lars Larsen ängstlich, während er sich nach der Wand zurückzog. „Das ist ja gefährlich, was Sie da tun wollen.“

Er zitterte so, daß er die Worte kaum hervorbringen konnte. Seine Augen starrten fortgesetzt auf die furchterliche Bombe.

Christensen folgte ihm Schritt für Schritt. Schließlich konnte Larsen nicht mehr weiter, blieb dicht an die Wand gedrückt stehen und streckte die Hände abwehrnd vor sich hin.

„Sie haben achtzigtausend Kronen,“ begann Christensen. „Können Sie das leuanen?“

„Nein, bei Gott nicht! — Aber so gehen Sie doch endlich mit der Bombe weg, Christensen.“

„Bedenken Sie, was Sie soeben zugegeben haben! Sie haben achtzigtausend Kronen — ich habe nichts. Wie wollen Sie das verantworten?“

„Daran hab ich noch nie gedacht, Christensen. Seien Sie jetzt vernünftig. Ich werde Ihnen eine Krone schenken.“

„Machen Sie sich doch nicht lächerlich, lieber Larsen!“ sagte der Philosoph mit unerwarteter Ruhe. „Was bedeutet in einem Augenblick wie diesem eine Krone? Ach komme, um alles zu verlangen, was Ihnen gehört. Alles, hören Sie! Jetzt soll sich das Blättchen endlich einmal wenden.“

„Christensen —! Christensen!“

„Haben Sie mich verstanden?“ fragte Christensen eindringlich. „Ich verlange alles! Ihr Geld oder Ihr Leben!“

Larsen wurde leichenblau. Er drückte sich so fest gegen die Wand, als wolle er hineinfrischen. Seine Krone trotzen vor Angst aus den Söhlen; die ausgestreckten Hände zitterten.

(Fortsetzung folgt.)

den Volls...
partei, sond...
Landes...
Gott und...
triumstun...
dauernde...
so abzu...
nicht Zeit...
sich Herr...
bringen, m...
sonliche...
schlechte...
hinter. Die...
sige Gegen...
hat durch...
die Rolle...
Wir muß...
kritischen...
rend er in...
algen. We...
der bayeri...
Meines...
tag in Mü...
Der Reich...
infolge de...
Zentrums...
lassungs...
Aus den...
Sittlich...
Besten...
folgt

Diese Be...
neine Schw...
neinen Will...
diesem Brief...
für sich, die...
Erstens...
Schicksals...
müßte. Ich...
Zweitens...
und haben...
darstellt von...
bis 1900.
Drittens...
gehörnden...
Die hofentli...
Kammerdiene...
„Vater“ Sch...
die verschied...
Wierens...
dachte, daß...
effieren könn...
In der...
meinen So...
ich seits De...

Wie ein...
gen und...
Kram der U...
Trommeln...
nächt an K...
Dem...
B.D.W. L...
L.D. fortge...
Reichsta...
sich mit...
sich Ges...
folgt, wie...
verzeihen...
Anschänge...
Berlebung...
mus und...
Sie haben...
sich werden...
ist ein Pa...
recht, unter...
Zustimmung...
Diese...
abhängigen...
Zurufe seien...
demokratische...
Berichten...
den das Rai...
Särm bei...
den Aufz...
Berührer...
Sie wußten...
waren. Die...
geschalten...
gemacht. (W...
reiche Mitgl...
Kamen aller...
H. spreche...
aus. (Groß...
gestrichel...
ante der...
gegen die...
von der Waf...
Es haben...
zu haben, da...
Lächerliche...
wurde.
Unruhe, Zur...
höflichen...
Wäre der...
nicht erlebt...
Briewe...
nach 50-60...
dauern dar...
den. Wir...
deutsche...
und das...
die Gem...

Wie ein...
gen und...
Kram der U...
Trommeln...
nächt an K...
Dem...
B.D.W. L...
L.D. fortge...
Reichsta...
sich mit...
sich Ges...
folgt, wie...
verzeihen...
Anschänge...
Berlebung...
mus und...
Sie haben...
sich werden...
ist ein Pa...
recht, unter...
Zustimmung...
Diese...
abhängigen...
Zurufe seien...
demokratische...
Berichten...
den das Rai...
Särm bei...
den Aufz...
Berührer...
Sie wußten...
waren. Die...
geschalten...
gemacht. (W...
reiche Mitgl...
Kamen aller...
H. spreche...
aus. (Groß...
gestrichel...
ante der...
gegen die...
von der Waf...
Es haben...
zu haben, da...
Lächerliche...
wurde.
Unruhe, Zur...
höflichen...
Wäre der...
nicht erlebt...
Briewe...
nach 50-60...
dauern dar...
den. Wir...
deutsche...
und das...
die Gem...

Wie ein...
gen und...
Kram der U...
Trommeln...
nächt an K...
Dem...
B.D.W. L...
L.D. fortge...
Reichsta...
sich mit...
sich Ges...
folgt, wie...
verzeihen...
Anschänge...
Berlebung...
mus und...
Sie haben...
sich werden...
ist ein Pa...
recht, unter...
Zustimmung...
Diese...
abhängigen...
Zurufe seien...
demokratische...
Berichten...
den das Rai...
Särm bei...
den Aufz...
Berührer...
Sie wußten...
waren. Die...
geschalten...
gemacht. (W...
reiche Mitgl...
Kamen aller...
H. spreche...
aus. (Groß...
gestrichel...
ante der...
gegen die...
von der Waf...
Es haben...
zu haben, da...
Lächerliche...
wurde.
Unruhe, Zur...
höflichen...
Wäre der...
nicht erlebt...
Briewe...
nach 50-60...
dauern dar...
den. Wir...
deutsche...
und das...
die Gem...

als uns auch und auch von bei der Regie des Arbeits...

den Volkspartei hat nicht nur für die deutsche Zentrumspartei, sondern auch für die Stellung der Katholiken Deutschlands eine außerordentliche Bedeutung. In den Worten und Taten der deutschen Katholiken, in den Kundgebungen, in Briefen, in der Trennung eine dauernde, so sind die politischen Folgen heute noch nicht abzusehen. Verwundern braucht man sich über den Schritt nicht. Seit Annahme der Reichsverfassung in Weimar hat sich Herr Dr. Heim bemüht, die bayerische Volkspartei zu drängen, mit dem Zentrum zu brechen. Es steht viel vor ihm. Die Person Erzberger ist durchaus nicht der einzige Gegenstand des Antihörs bei Herrn Dr. Heim. Dieser hat durch eigene Schuld in der Nationalversammlung nicht die Rolle gespielt, die seinen Kenntnissen entsprechen würde. Wir müßten oft mit Bedauern feststellen, daß er zwar im Kritischen recht stark, noch stärker im Wisemachen ist, während er in wichtigen Dingen häufig durch Abwesenheit absänzte. Wenn Herr Dr. Heim meint, daß der Austritt der bayerischen Volkspartei aus der Zentrumspartei des Reiches Eindruck machen wird, wie er sich auf dem Parteitag in München ausgedrückt hat, so irrte er sich leider nicht. Der Reichsminister Mayer hat laut „Germania“ folgende des Austritts der bayerischen Volkspartei aus der Zentrumspartei der Nationalversammlung sein Entlassungsej eingereicht.

Was Willy Nr. 1 versenkte.

Aus den Kaiserbriefen an Nikolaus gibt die „Vossische Zeitung“ zur persönlichen Kennzeichnung Wilhelm des Besten folgendes wieder:

Berlin, 14. Januar 1908.

Liebster Nikol!

Diese Zeilen werden Dir von meinem Sohne gebracht. Meine Schwägerin nennen ihn gewöhnlich Willy Nr. 2, oder den „kleinen Willy“, um ihn vom Vater zu unterscheiden. In der diesem Brief bringt er noch eine Anzahl Weihnachtsgeschenke für Dich, die ich nicht früher senden konnte.

Erstens ein großes Modell unserer neuen (II.) Klasse von Schiffschiffen, das Du, wie Du in Neval sagtest, gerne haben möchtest. Schimmelmann kann es Dir jederzeit erklären.

Zweitens ein Aquarell, das eine Geschichte der Formen und Farben aller unserer Regimentsuniformen und Fahnen darstellt von der Zeit des Großen Kurfürsten bis 1806, die zweite bis 1900.

Drittens sämtliche zu Deinem neuen Kürassierregiment gehörigen Uniformstücke, Wappen, Kürass und Gebänge, die Dir hoffentlich passen werden. Ich habe sie meinem alten Kammerdiener anvertraut, den Du in Neval gesehen hast. „Vater“ schickte. Er wird Deinen Leiddienst initiieren, wie die verschiedenen Stücke anzulegen sind.

Viertens einige Proschüren und Zeitchriften, von denen ich dachte, daß sie Dich in Deinen Aufzügen vielleicht interessieren könnten.

In der Hoffnung, daß alles gut ankommt, und indem ich meinen Sohn um das Vergnügen, Dich zu sehen, beneide, bleibe ich stets Dein liebender Freund und Vetter

Willy Nr. 1.

Wie ein sechsjähriger Junge mit seinen Fährten und Säbeln, so spielt Willy mit dem bunten Kissen, dem Trommeln, Pfeifen und Gewehr zu Weihnachten. Aber nicht an Kinder, sondern an alte Efel.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 14. Jan. Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes

fortgesetzt.

Reichskanzler Bauer: Auf diese Tagung des Hauses, die sich mit einem für die Angestellten und Arbeiter besonders wichtigen Gesetz zu beschäftigen hat, ist ein schmällicher Angriff erfolgt, wie er bisher noch nicht in der Parlamentsgeschichte zu verzeichnen ist. Den traurigen Mut zu diesem Angriff hat die unabhängige Partei bezeugt (Rärm der Unabhängigen, Aufseher, Verleumdung). Sie haben noch jüngst den Antiparlamentarismus uns angefast. Gestern haben Sie es rassistisch bestätigt. Sie haben das Parlament belagert lassen, weil ein Gesetz herbeigeführt werden sollte, das Ihnen nicht passte. Zum zweiten Mal ist ein Parlament, hervorgegangen aus dem freiesten Wahlrecht, unter die Diktatur der Straße gestellt worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Schande verbannt die deutsche Republik nur der unabhängigen sozialdemokratischen Partei. (Großer Rärm und Zurufe seitens der Unabhängigen.) Auf die unabhängigen sozialdemokratischen Partei fällt das Blut der armen Verführten und Verhetzten. (Erneuter Rärm bei den Unabhängigen.) Sie werden das Räusgehen dieser Blutschuld nicht abwischen können. (Rärm bei den Unabhängigen.) Die „Freiheit“ empfielt ja den Vorwurf, vor dem Hause in Massen im Hintergrunde gehalten. Die Verführer haben sich aber weislich im Hintergrunde gehalten. Sie wußten ja im Voraus, daß Zusammenstöße unvermeidlich waren. Die Sicherheitswehr hat sich auf das äußerste zurückgehalten. Erst in größerer Not hat sie von der Waffe Gebrauch gemacht. (Widerpruch der Unabhängigen.) Das werden zahlreiche Mitglieder und zahlreiche Journalisten bestätigen. Am Namen aller derer, denen der Bürgerkrieg der allergrößte Schrecken ist, spreche ich der Sicherheitswehr Dank und volle Anerkennung aus. (Großer Beifall.) Geschlagen, mit Füßen getreten, lebensgefährlich verletzt und mit eigener Waffe geküßt wurden Beamte der Sicherheitswehr. Sie waren ja nur eine Handvoll gegen die anrückenden Massen. Es wurde spät, fast zu spät von der Waffe Gebrauch gemacht.

Es haben sich auch Reugen gemeldet, die behaupten, gesehen zu haben, daß von Mitgliedern der Unabhängigen Partei durch Überfallen das Zeichen zum Sturm auf das Haus gegeben wurde. (Großer Rärm bei den Unabhängigen, fortdauernde Zurufe, Zurufe.) Alle, die hier im Hause sind, verdanken der tapferen Sicherheitswehr ihr Leben. (Lebhafte Zustimmung.) Wäre der Sturm geküßt, so hätten wir eine Bartholomäusnacht erlebt. (Lebhafte Zustimmung.) Zwei Tote hat die Sicherheitswehr zu beklagen. Auf der Gegenseite sind 20 Tote und rund 50-60 Verwundete. Wir denken auch ihrer mit Bedauern darüber, daß sie und nicht die Verführer geküßt wurden. Wir hoffen, daß sie nicht umsonst gefallen sind, daß die deutsche Arbeiterschaft endlich den Abgrund erkennt, an den sie und das ganze Volk geführt werden sollen. Jetzt wird hervorgehoben die Gemeingefährlichkeit der Partei der Diktatur des Reichstags dem Volke klar sein.

(Rärm bei den Unabhängigen.)

Wir stehen jetzt vor Angriffen der Unabhängigen und Kommunisten, die unser ganzes Wirtschaftsleben bedrohen. Geheimkonferenzen haben stattgefunden. Das Wort: „Die Eisenbahner haben die Hand an der Gurgel des Staates“

taucht aus dem Munde der Unabhängigen. Es ist verbreitet, die Not des Volkes in dieser demagogischen Weise anzukündigen. (Sehr richtig!) Sie wollen den Kampf aller gegen Alle um auf den Trümmern des Reiches die kommunistische Herrschaft errichten. Die Gesamtheit der Nation ist in ihrem Leben bedroht durch diese verbrecherische Agitation. Wir werden mit den schärfsten Mitteln dagegen vorgehen. Wir sind sicher, die ganze öffentliche Meinung hinter uns zu haben. Die Leute, die unser Volk in den Abgrund stürzen wollen, gehören hinter Schloß und Riegel. Wir werden alles tun, um das Volk vor dem Abgrund zu bewahren. (Lebhafte Beifall, Zurufe bei den Unabhängigen.)

Verichterstatter Saueber (Dem.) beendet unter großem Rärm der Unabhängigen seinen gestern begonnenen Bericht über die Ausschussverhandlungen.

Präsident Treubach: Ich halte es für angezeigt, im Interesse der ruhigen Verhandlung jetzt den Unabhängigen das Wort zur Erwiderung zu geben. (Widerpruch rechts.) Die Mehrheit stimmt diesem Vorschlage zu.

Abg. Senke (U.S.): Die Schuld allein hat die Regierung. Der Reichstag ist falsch informiert und doreingenommen. Das Recht auf Demonstrationen läßt sich das Volk nicht nehmen.

Preuß. Minister Heine: Es war nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten unbehindert den Saal betreten konnten. Die Sicherheitsbeamten haben mit unglücklicher Wildheit und Geduld gewartet. (Sehr richtig!) Sie hatten den Auftrag, von der Waffe nicht eher Gebrauch zu machen, bis das Haus selbst in Gefahr kam. Die Maßregeln waren nicht sichtbar aufgestellt, um jeden Vorwurf der Provokation zu unterbinden. Der erste Schuß fiel von außen und verwundete einen Soldaten. Mit dem Wären eines zufällig losgedragenen Gewehrs kommen. Sie uns nicht. Man hat gesehen, wie vom Reichstage aus gewirkt wurde. Die Rärmen wurden aufgereizt von den Abgeordneten Jubel und Frau Zieb. (Hört, hört!) Rufe bei den Unabhängigen: Verleumdung! Frau Zieb ruft: Das Reichstagshaus gehört dem Volke, nicht der Sicherheitspolizei! Der Bericht der „Freiheit“ selbst, der schon gedruckt war, als heute das Blatt verboten wurde, bestätigt, daß die Soldaten von der Renne zurückgedrängt und daß ihnen Gewehre und Handgranaten abgenommen wurden. Wir beklagen die Opfer, die Sie auf dem Gewissen haben. (Rärm bei den Unabhängigen.)

Abg. Senke (U.S.) erhält unter lebhaftem Widerspruch der Rechten abermals das Wort. Er führte aus, daß der Minister Heine die ganze Sache gemacht habe, um Zwangsmaßnahmen gegen das Volk zu begründen. Es sei eine Lüge, wenn er behauptet, er (Senke) hätte den Zornum angezettelt. (Ordnungsru.)

Abg. Senker (Soz.) bittet, dem Betriebsrätegesetz eine solche Fassung zu geben, die dem Arbeiter eine neue Stellung in unserem Wirtschaftsleben einräumt. Die Unabhängigen hätten mit ihren beiden Stimmen die Annahme mancher von uns bedauerten Antrages verhindern können. Aber sie fehlten bei den meisten Sitzungen und stellten selbst keine Anträge, ja brachten sogar Verbesserungsanträge von uns durch Stimmenthaltung zu Fall.

Abg. Schwarzer (Str.): Das Betriebsrätegesetz wäre auch gekommen, wenn wir keine Revolution gehabt hätten. Auch auf die Landwirtschaft muß das Betriebsrätegesetz Anwendung finden. Bedenken kann nur das Wahlalter von 18 Jahren erregen, weil es auch politische Rückschlüsse geben kann.

Abg. Weinhausen (Dem.): Die Agitation gegen das Betriebsrätegesetz geht über alles Maß hinaus. Die großen Erzeugnisse der Arbeit werden völlig verschwiegen. Unvorsichtlich beauftragt bin ich, das lebhafteste Bedauern meiner Freunde darüber auszudrücken, daß die Regierung ihr Versprechen, noch vor Weihnachten ein Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte einzuwirken, nicht erfüllt hat. (Sehr richtig!) Wir erwarten, daß es spätestens in der Februartagung kommt.

Abg. Schiele (D.M.): Dem Hause ist noch kein Gesetz von so einschneidender wirtschaftlicher Wirkung vorgelegt worden, wie dieses. Es hätte vollständig genügt, mit der weiteren Ausgestaltung der Arbeiterausschüsse und der Einführung von Arbeitergemeindefürsorge. Die jetzige Vorlage wird die Politisierung der Betriebe im Sinne der Kommunisten zur Folge haben. Das zu unterstehen haben wir keine Ursache. Mit dem Gesetze ist keine Partei zufrieden. Die Betriebenbetriebe müssen unbedingt aus dem Geltungsbereich des Gesetzes ausgeschlossen werden. Die Erfahrungen mit den Betriebsräten im Vergleich sollten eine ernste Mahnung sein, von dieser Politik abzulassen. Der Industrie werden die Hoffloßtreibende des Auslands durch dieses Gesetz unterbunden.

Reichsarbeitsminister Schilde: Das Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte konnte nicht vorgelegt werden, weil es reichlicher Durcharbeitung erfordert und alle Erfahrungen berücksichtigt werden müssen. Die ausländische Gesetzgebung hat keine Handhabe. Die Vorlage über die Bildung des Reichswirtschaftsrates bedurfte voller dreier Monate, ehe sie an den Reichstag kam, infolge der Herjerpüttung der Arbeitgeberverbände, welche die Ausarbeitung der Vorlage sehr ersämeten. Daß die Arbeiterausschüsse kein Ersatz für die Betriebsräte sein können, beweisen die vielen Mahregelungen, denen die Mitglieder der Arbeiterausschüsse dauernd ausgesetzt werden.

Abg. Wölgel (D.M.): Das Gesetz ist durch politische Agitation hervorgerufen worden. Wie kann man angeheißt dessen auf eine wohlthuende Wirkung der wirtschaftlichen Lage hoffen. Wir müssen damit rechnen, daß 80 Prozent des Kohlenbedarfs in Zukunft ungedeckt bleiben. (Hört! hört!) Wie soll die Wiedererhaltung unseres Wirtschaftslebens herkommen. Die Vorlage wird neuen Jähzwang in die Betriebe hereintragen. Hier ist gewissermaßen der Anfang der Parlamentarisierung der Wirtschaft. Das Gesetz sollte zunächst einem Reichswirtschaftsrat überwiegen werden.

Abg. Geher (U.S.): Der Rechten ist nur daran gelegen, daß das Gesetz im Reichswirtschaftsrat noch mehr verschlechtert wird. Die Regierung aber hat Verwirrung durch den Rärmgedanken in den Reihen der Arbeiter erregt, um auf diese Weise ihre Herrschaft zu erhalten. Die Betriebsräte dieses Gesetzes haben mit den Betriebsräten im sozialistischen Sinne auf der Grundlage antikapitalistischer Wirtschaftsordnung nichts gemein. Die Rechtsjournalisten sind nur die Strohmänner der Reaktion.

Abg. Wandorfer (Bayer. Bauernbund): Wir leszen das Gesetz ab. Gärten wir es während des Krieges auf dem Lande geholt, so wären wir längst verhungert.

Hiermit schließt die Erörterung über den Paragraph 1 der Abstimmung folgt morgen.

Abg. Frau Zieb (persönlich): Der Minister Heine hat mich der Wichtigkeit beschuldigt. Das ist eine schamlose Verleumdung. (Ordnungsru.) Ich habe kein Wort zu den Demonstrationen gesagt. (Zuruf: Ihr Erscheinen genügt.)

Abg. Ziebel (persönlich): Er bekräftigt ebenfalls, daß ihm vorzuziehendere aufzuziehende Vorgehen.

Abg. Braß (U.S.): Die Sicherheitswehr war grundlos, denn die Straße war fast leer.

Minister Heine: Das bedrückt die Wahrheit. Meine vielen Zeugen sind nur glaubwürdiger als Herr Braß.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr vormittags verlegt. Schluß 8.15 Uhr.

An die deutsche Beamtenschaft.

Der deutsche Beamtenschaft, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der deutsche Eisenbahnerverband richten einen Aufruf an die Eisenbahner,

in dem es heißt: Die große Masse des Volkes muß seit langer Zeit die allergrößten Entbehrungen auf sich nehmen, Not und Sorge sind seine ständigen Begleiter geworden. In ganz besonderer Weise ist der

deutsche Beamtenschaft dabei in Mitleidenschaft gezogen. Er ist über die allgemeine Not hinaus mit seinen unter ganz anders gearteten Verhältnissen festgelegten Bezügen der

denkbar schwersten wirtschaftlichen Bedrückung ausgesetzt. Das einzige Hilfsmittel, die Gewährung von Teuerungszulagen, vermochte zwar vorübergehend und in bescheidenem Umfang Erleichterung zu schaffen, konnte aber nicht verhindern,

daß die wirtschaftliche Not der Beamten im ganzen ständig zunahm, bis sie zum Schluß des verflohenen Jahres den Gipfelpunkt erreichte.

Der vollständige Zusammenbruch stand vor der Tür. In dieser Schicksalsstunde des Beamtentandes legten die unterzeichneten Verbände in Erfüllung ihrer Pflicht den Regierungen die Forderung einer sofortigen namhaften Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen vor. Nach wiederholten Verhandlungen hat sich die Regierung davon überzeugt, daß die Forderung der Beamten als berechtigt anerkannt und daher bewilligt werden müsse.

Auch die Bewilligung der 150prozentigen Erhöhung der Teuerungszulagen vermag zwar einen vollständigen Ausgleich der allgemeinen Preissteigerung nicht zu schaffen, immerhin aber wird sie der Beamtenschaft bis zu der für 1. April d. J. in Aussicht gestellten grundlegenden Besoldungsreform das Durchkommen erleichtern, sofern die Preisverhältnisse sich nicht wesentlich ungünstiger gestalten. Um eine derartige Entwicklung nach Möglichkeit zu verhindern, ist es nötig, daß dem herrschenden

Schieber- und Schleichhändlerunwesen in der schärfsten Weise entgegengetreten wird. In gleichem Maße notwendig ist die Erkenntnis, daß nach Eintritt in den langerehnten Friedenszustand das deutsche Volk nur dann wieder empforteigen kann, wenn von jedem Berufsstande mit

Anspannung aller Kräfte an dem Wiederaufbau unseres Staatswesens gearbeitet wird. Jeder Beamte und Staatsarbeiter muß wissen, daß ohne Erfüllung der Pflicht bis zum äußersten, ohne Arbeitslosigkeit, ohne dauernd die Mittel beschafft werden können, die zu einer ausreichenden Entlohnung notwendig sind. Fehlt hier der gute Wille, vertragen die Kräfte, dann gibt es keinen Aufbau, sondern

allgemeinen Zusammenbruch des Ganzen, in dem die Hoffnungen aller, auch die unserer, auf eine bessere Zukunft begraben werden müßten.

Nachdem die Regierung durch die Bewilligung unserer Forderung ihre Pflicht uns gegenüber erfüllt hat, gebietet uns unser Gewissen, auch der Volksgemeinschaft gegenüber unsere Pflicht zu tun und dafür zu sorgen, daß die Staatsbetriebe, insbesondere der Eisenbahnbetrieb, ohne Störung fortgeführt werden können.

An die Arbeit! das ist jetzt die Parole, kein Mann darf feiern!

Badische Politik.

Die Besprechungen mit den Eisenbahnern.

Die gestern im Gebäude der Generaldirektion zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern der Beamten- und Eisenbahner-Organisationen stattgehabten Verhandlungen über eine Erhöhung der Zulagen zu Gehältern und Löhnen nahmen den ganzen Tag in Anspruch. Die Besprechungen waren vertraulicher Natur. Sie haben aber zu einer völligen Einigung geführt. Das Finanzministerium wird nun dem demnächst zusammentretenden Landtag auf Grund der Besprechungen eine Vorlage gehen lassen. Zur Vorberatung dieser Vorlage werden sich in der nächsten Woche die Fraktionen und der Haushaltsausschuß zusammensuchen. Bemerkenswert ist noch, daß auch der Arbeiterlandesausschuß zu den Beratungen zugezogen war.

Zum Einheitsstaat. In einer öffentlichen Versammlung der Demokratischen Partei zu Konstanz sprach dieser Tage Staatsrat Dr. Ludwig Haas, wobei er auch zum Einheitsstaat Stellung nahm. Herr Haas gab dabei zu erkennen, daß er mehr föderalistischen wie unitarischen Gedanken zuneigt. Er ist der Meinung, daß schon unsere Reichsverfassung zu unitarisch sei. Nachdem diese die Rechte der einzelnen Länder außerordentlich beschränkt, müsse man abwarten, wie sie sich bewähren. Auf keinen Fall dürfe das Reich zentralistisch ausgebaut werden, da dies politisch und wirtschaftlich ein Unheil wäre. Auf alle Fälle müßten wir verlangen, daß die einzelnen Länder wenigstens als Selbstverwaltungskörper größte Selbständigkeit erhalten. Denn wir wollen unsere alten Kulturzentren mit ihrer Eigenart bewahren, da darin doch jeder die Quelle unserer Kraft lag.

Die badische Landwirtschaft im Jahre 1919. Das Vereinsblatt des Bad. Bauernvereins bringt im Leitartikel der ersten Nummer des Jahres 1920 einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr und legt dann die Umstände dar, unter welchen die Bauern im vergangenen Jahr zu kämpfen hatten. Niemand hätte geahnt, heißt darin, daß wir die Zwangswirtschaft auch im Frieden noch beibehalten hätten, niemand hätte auch geahnt, daß der Krieg einen so unglücklichen Ausgang für uns nehmen sollte. Unter diesen Umständen sei zuzugeben, daß das Reich der Zwangswirtschaft, das der Landwirtschaft während des Krieges aufgezwungen, nicht über Nacht abgelegt werden könne. Die Erfahrung, habe gelehrt, daß die Zwangswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel noch nicht abgehoben sei. Es sei zu hoffen, daß dem Schieber- und Wucherum, das uns in dem vergangenen Jahr mehr geschadet habe als feindliche Vorkände und Kriegsmißgeschick die Spitze abgebrochen werden und das alte eintägliche Verhältnis zwischen Stadt und Land wieder hergestellt werde. Endlich wird in dem Artikel im Namen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit gefordert, daß das neue Jahr so schnell wie möglich unsere Gefangenen aus Frankreich zurückbringe. Nur die unbedroffene, hartnäckige Arbeit, heißt es dann zum Schluß, könne uns im neuen Jahre retten, sie werde auch zusammen mit dem unermeidlich treibenden Maß der Zeit das „Friedenswunder“ von Versailles zu Stande machen.

Gemeindepolitik.

Kreisbeiräte. Auf Beschluß des Kreistages von Niederharnim werden Kreisbeiräte als Kontroll- und Beratungsg...

Einheitliche Krankenbehandlung. Um allen im städt. Krankenhause untergebrachten Kranken eine völlig gleichmäßige...

Gewerkschaftliches.

Gengenbach, 10. Jan. Die andauernde Eruerung und der fortwährende Aufschlag aller Bedarfsartikel hat zur Folge, daß...

Aus dem Lande.

* Neustadt i. Schwarzw., 14. Jan. Der furchtbare Orkan hat in den Wäldern sehr erheblichen Schaden angerichtet. Bei...

Messkirch, 14. Jan. Die im Durcheinandergeratene Seuberg seit einigen Wochen untergebrachten 350 Mann der 1. Infanterie...

Die Einreise in die besetzten Rheingebiete ist nunmehr freigegeben. Die Reisenden müssen nur im Besitze eines gewöhnlichen...

Neue Höchstpreise für Pferdefleisch. Nachdem der parlamentarische Ernährungsbeirat, wie schon berichtet wurde, einer...

Mingolsheim bei Bruchsal, 15. Jan. Infolge plötzlichen Austritts eines kleinen Mähdaches wurde der ganze Bahnhof...

* Billingen, 15. Jan. Bei den Stürmen der letzten Tage wurde in der Nähe von Unterlinnach ein ganzer Waldhang...

* Donauerschlingen, 15. Jan. Das Pfortener Nied glück in den letzten Tagen wieder einem wild schäumenden See. Die...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Badisches Landesbühnen.

Nachdem Heinrich Knote, wie jeder mit Deutlichkeit annehmen konnte, ausgeblieben war, hatte Helmut Knegebauer...

Im Siegfried am Dienstag blieb er uns den Rime schuldig. Trozdem konnte man an Hans Wulfards Verkörperung...

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 15. Januar.

Gold- und Silber-Aufkäufe.

Wie viele werden sich heute ärgern, die zu Beginn des Krieges der Aufforderung ihr Gold- und Silbergeld abzuliefern...

Aber, fragen wir, sollen sich die Goldbesitzer deshalb heute Vorwürfe machen? Es sind nicht die schlechteren, sondern...

In einem deutschen nationalen Blatte, wir wissen heute nicht mehr war es die „Deutsche Tageszeitung“ oder die...

Die Parteiverammlung. Die gestern abend im „Grafen.“ stattgefunden, war recht gut besucht...

Nach Erzielung der beiden Punkte hielt Gen. Böhringer einen sehr instruktiven Vortrag über „Das Reichsnotopfer und seine wirtschaftliche Bedeutung.“

Verkörperung. Die Beleuchtung im zweiten Aufzuge war wieder furchtbar und was den Rindwurf angeht, so schau man sich...

Konzert Hedwig Marx-Rirsch, Arthur Schnabel. Klavierkonzerte haben im allgemeinen einen schweren Stand gegenüber...

Konzert Hedwig Marx-Rirsch, Arthur Schnabel. Klavierkonzerte haben im allgemeinen einen schweren Stand gegenüber...

Nach dem Referat betrachtete sodann Gen. Medaure Schöpflin die politische und wirtschaftliche Lage unter Berücksichtigung...

Die Krise im Gastwirts- und die Schließung der Küchenbetriebe.

Eine Besprechung der Vorstände der großen Organisationen der Hotel- und Gastwirtsbetriebe Badens im Ministerium der...

Außerordentliche Landesversammlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen.

Gestern nachmittag fand hier eine von 202 Kassenvorstellern sowie Vertretern des Arbeitsministeriums des Reichs...

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal „Gambinus-Halle“ Zusammenkunft statt. Tagesordnung: Beratung, Anträge und Wünsche, Besprechung der...

Sozialdemokratische Gewerkschafter. Freitag, 16. Januar, abends 7 Uhr findet im Gartenhof des Rest. Moinger, eine Versammlung statt. Referent:...

Versammlung der Koch-, Beamten- und Angestellten. Am gestrigen Mittwoch abend sprach in einer gut besuchten Versammlung Herr Ing. Schreiber aus Berlin, Geschäftsführer...

Der Rubin... Der Rubin... Der Rubin...

Die Krise im Gastwirts- und die Schließung der Küchenbetriebe.

Außerordentliche Landesversammlung der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen.

Verein Arbeiter-Jugend. Heute abend 8 Uhr findet im Lokal „Gambinus-Halle“ Zusammenkunft statt.

Sozialdemokratische Gewerkschafter. Freitag, 16. Januar, abends 7 Uhr findet im Gartenhof...

Versammlung der Koch-, Beamten- und Angestellten. Am gestrigen Mittwoch abend sprach...

Geburts-... Geburts-... Geburts-...

Redaktion über Vaterland und Volksgemeinschaft... Der Redaktionsrat war bedauerlicherweise kein so großer, der dem Vortrag des bekannten Redners lauschte.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Veranstaltungen. Künstlerkonzerte in der Festhalle... Am Sonntag, 11. Jan., hielt der Arbeiterverein Karlsruhe im „Apollotheater“ seine Weihnachtsfeier ab.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Lezte Nachrichten. Weitere Eisenbahnerstreiks. Die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Opitzsch sind gestern vormittag in den Ausstand getreten.

Medizingläser, Ich kaufe, Geburten, Lumpen, Feuerstein, Kleider, Möbel, Gold, Silber, Platin.

Badisches Landestheater, Theaterkultur-Vorband Karlsruhe, Balladen-Abend, Kleiner Nachrichten.

Damen-Schneiderin, Wiener Kinderhilfe, Volksbuchhandlung Karlsruhe, Adlerstr. 16.

Sozialdemokr. Be ein Müppurr.

Sonntag, den 18. Januar, nachm. 1/3 Uhr im „Zähringer Löwen“ 1259

Haupt-Versammlung

Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht; 3. Neuwahlen; 4. Vortrag mit Diskussion. Die Mitnehmer werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Montag, den 19. Januar 1920, abends 8 1/2 Uhr

Jahres-Versammlung der Bauhofscher

In der „Gambirtushalle“ Erbrünnenstraße. — Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit im letzten Jahre; 2. Bericht über die Tätigkeit im laufenden Jahre; 3. Bericht über die Tätigkeit im nächsten Jahre; 4. Bericht über die Tätigkeit im nächsten Jahre; 5. Bericht über die Tätigkeit im nächsten Jahre. Die Branchenleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am Montag, den 19. Januar, abends 1/3 Uhr findet im „Colosseum“ (Wirtschaft) Saal III, Waldstraße 14/16 eine

Mitglieder-Versammlung

In dieser Versammlung werden wichtige Angelegenheiten behandelt und ersuchen wir um zahlreiches Be. Die Ortsverwaltung.

Bester Ueberlee-Rauchtabak. Zigarrenhaus Mühlburg. Rheinstr. 9, gegenüber „3 Linden“.

Schreibkräfte

zur Uebersetzung von Stenogrammen nehmen wir Anmeldungen entgegen.

Bewerber(innen) haben ihre Befähigung in einer Prüfung nachzuweisen; ein Anspruch auf Verwendung erwächst aus dem Bestehen der Prüfung jedoch nicht.

Badischer Landtar.

In unserem früheren Laborbetrieb Karlsruhe-Rheinhafen, Hansastr. 11, stellen wir zum Verkauf:

- rotierende Schleifmaschinen, Hand-Hebelpressen, auch als Stanzverwendbar, Hand-Eisenfräsmaschinen, Metall-Prägenmaschinen, Preßluft-Schnell-Laktier-Automat, System Krauszberger, hölzerne Riemenscheiben, Drahtziehbänke, Trockenofen, Tachometer, Arbeitstische.

Interessenten werden gebeten, Anfragen an die Badische Kriegs-Arbeitsstelle, Kaiserstraße 241 in Karlsruhe zu richten. Besichtigung in der Fabrik Rheinhafen in der Zeit von 8-1/2 Uhr vormittags.

Stenotypistinnen werden dauernd gesucht. Städt. Arbeitsamt. Zähringerstr. 100 (weibl. Abtlg.)

Daniels Konfektionshaus

Trotz großen Preissteigerungen bin ich durch vorteilhafte Einkäufe in der Lage, meiner werten Kundschaft mita Qualitäten zu billigen Preisen zu geben: Winterpaletots Mk. 55.00 an Jackenkleider Mk. 78.00 an Regenmäntel Mk. 125.00 an Röcke Mk. 24.00 an Tuch- und Astrachanmäntel, Lodenmäntel, Pelserinen Knaben- und Mädchenmäntel in allen Größen, Seiden-, Chiffon-, Tüll-, Woll-, Flanell- und Waschblusen Pelze, Plüschjanturen, Regenschirme. Keine Ladensessen.

Lüchtige gelernte Lackierer Blechner Modellschreiner Perfekte Kastenmacher od. Anreißer werden sofort eingestellt bei Benzwerke Gaggenau Gaggenau im Murgtal.

Städtische Festhalle Karlsruhe. Sonntag, den 18. Januar 1920 nachmittags 1/4 Uhr Künstler-Konzert. Ausführnde: Musik-Verein Harmonie (Leitung: Herr Hugo Rudolph). Herr Opernsänger Helmut Neugebauer, Fräulein Cilla Hermann und Tanzkünstlerinnen, Fräulein Anni Kirschnick, Herr Musikdirektor Georg Holmann, Klavierbegleitung. Eintrittspreise (einschl. Lustbarkeitssteuer) jeweils: Saal und untere Galerie I. Abt. sowie Balkon I. Reihe 3.-M. 80 S, II. „ „ „ II. und III. Reihe 2.-M. 20 S, III. „ „ „ obere Galerie 1.-M. 10 S. Ausser Balkon alle Plätze nicht nummeriert. Kartenverkauf: Donnerstag, den 13. bis Samstag, den 17. Januar, nachm. 8 Uhr, bei den Musikalienhandl. Franz Taler, Kaiserstr. 82a, Fernsprecher No. 1847 (Ostseite der Festhalle) und Hugo Kuntz Nachf., Inh. Kurt Neude, Waldstrasse 39, Fernsprecher Nr. 2577 (Westseite der Festhalle), am Konzerttag nachmittags von 1/8 Uhr in der Festhalle (Westseite). Saal- und Galerie-Öffnung 1/3 Uhr. Zugang zur oberen Galerie über die äusseren Treppen. Belegen von Plätzen verboten.

Männer-Gesang-Verein Karlsruhe e. V. Sonntag, 18. Januar, nachm. punkt 4 Uhr, im Saale der „Eintracht“ KONZERT zur Feier des 37. Stiftungsfestes unter gütiger Mitwirkung von Fr. Elisabeth Friedrich, Sopran, Herr Anton Schimek, Harfe, Herr Arthur Kusterer, Klavier der Männerchor unter Leitung des Herrn Chormeister Adoli Bernhard. Eintrittskarten für Familienangehörige siehe Rundschreiben an die Vereinsmitglieder. Für Nichtmitglieder sind zu Mark 2.- (Saal), Mark 1.50 (Galerie) inkl. Steuer in der Musikalienhandlung Fr. Müller, Kaiserstr., Zigarrengeschäft R. Renner, Philippstr. 1, Gasthaus zum „Bayerischen Hof“, Ecke Wilhelm- und Schützenstrasse und vor Konzertbeginn an der Eintrittskasse zu haben. Nach Beendigung des Konzerts Ehrung von Mitgliedern und Ball. — Saalöffnung 3 Uhr. — Der Vorstand.

„D'Latern“ das neue Monatsblatt für Dialekt-Quimor ist erschienen. Preis 35 Pf. Volksbuchhandlung Adlerstraße Nr. 16.

Blechdoesen aufgeschliffen, gebraucht u. neu, laufe fort während. Muster erbeten. Anton Springer, Karlsruhe, Göttingerstr. 51 — Telefon 2340. — 1224 Kragen -Wäscherel Schorpp liefert in 8 Tagen Stärke-Wäsche Annahmestellen: Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmsstr. 5, Kaiserstrasse 34 n. 243, Gerwigstrasse 45, Amalienstrasse 15, Waldstrasse 64, Wilhelmstrasse 32, Augustastrasse 13, Schillerstrasse 13, Kaiserstr. 37, Gabelsbergerstrasse 1, Rheinstrasse 18. Durlach: Hauptstrasse 15.

Karlsruhe, den 9. Januar 1920. Am Dienstag, den 9. Januar 1920 wurden hier auf dem Weg vom Gasthaus zum „Lob“ bis zur Stefanienstraße 100 Mark Scheine verloren und bis jetzt noch nicht abgegeben. Ich bitte um sachdienliche Mitteilung. Der Staatsanwalt II.

Bruchsal. Die Geschäftsräume folgender Abteilungen: 1. für männliche Arbeitsvermittlung, 2. für weibliche Arbeitsvermittlung, 3. für Arbeitsstellenvermittlung, 4. Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte, 5. Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge befinden sich jetzt im Städt. Sparkassengebäude Friedrichstr. 62, Eingang gegenüber der St. ot. Turnhalle und sind für das Publikum geöffnet: Vormittags von 8-1/2 Uhr Nachmittags von 2-4 Uhr Samstag Nachmittags geschlossen. Bruchsal, den 15. Januar 1920. Städt. Arbeitsamt.

Offenburger Anzeigen. Der Verkauf von Latrine betr. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis: Vom 1. Januar 1920 ab werden nachbezeichnete Gebühren erhoben: 1. Für Entleerung der Abortgruben: für ein Faß über 2 Grad Stärke 1.00 M, für ein Faß unter 2 Grad Stärke 3.00 M. Bei Verwendung des Grubeninhalts für eigene Zwecke fällt die bisher unentgeltliche Entleerung weg und sind die gleichen Gebühren wie oben zu entrichten. 2. Für Latrine aus der Sammelgrube pro Hektoliter 1.50 M. 3. Für Latrine, die innerhalb der Stadt entnommen wird: für ein Faß von 12 Hektoliter oder einen Teil desselben 5.50 M, für ein größeres Faß oder einen Teil desselben 7.00 M für das ganze Jahr. 4. Außer den Gebühren in Ziffer 3 haben die Abnehmer noch folgende Beiträge zu entrichten: Bis 500 Meter Entfernung 5.00 M, 1. Zone 6.00 M, 2. Zone 8.00 M, 3. Zone 10.00 M. 5. Für Reinigen der Abortgruben werden folgende Gebühren in Anrechnung gebracht: a) für Bestellen und Abholen eines Kastenwagens 5.00 M, b) für Auswaschen der Gruben pro Hektol. 1.50 M, c) für den Inhalt des Kastenwagens 4.00 M, d) für Benützung des Kastenwagens bei selbstgestellter Verpannung pro Tag 2.50 M. Offenburg, den 14. Januar 1920. Der Stadtrat.

Die Ausgabe der Brot-, Fleisch-, Lebensmittel-, Kartoffelfertig-, Fett-, Milch-, Seifen- und Petroleumarten, sowie der neuen Lebensmittelausweise für die Zeit vom 19. Januar bis 15. Februar 1920 findet statt im Städt. Lebensmittelamt Zimmer 4 (Eingang Nischmarkt) und zwar: Freitag, den 16. Januar 1920 vorm. 8-12 Uhr für die Inhaber der Ausweisarten Nr. 1-1800, nachm. 2-6 Uhr für die Inhaber der Ausweisarten Nr. 1801-3200, Samstag, den 17. Januar 1920 vorm. 8-12 Uhr für die Inhaber der Ausweisarten Nr. 3201-4800. Nachmittags geschlossen. Mit den neuen Karten werden für das kommende Jahr neue Ausweisarten abgegeben; die Abgabe erfolgt nur gegen Rückgabe der alten Ausweise. Die grünen Einfuhrkarten behalten auch für die nächsten vier Wochen Gültigkeit und dürfen nicht zurückgegeben werden. Die neuen darauf aufmerksam, daß zurückgegebene Einfuhrkarten nicht erbeten werden. Die Vollmischarten müssen wie bisher sofort dem Milchhändler übergeben werden. Alle Karten sind, bevor der Tisch verlassen wird, nachzuprüfen. Wer den Tisch verlassen hat, hat keinen Anspruch mehr auf Ersatz fehlender Karten. Verloren gegangene oder sonst abhanden gekommene Karten werden nicht ersetzt. Offenburg, den 15. Januar 1920. Städt. Lebensmittelamt.

Kartoffel-Versorgung. Der Kommunalverband hat nunmehr alle angemeldeten Familien im Rahmen der bisherigen Anlieferung und unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Verbrauchsmenge von 5 Pfund pro Kopf für die Zeit vom 16. November bis 28. März 1920 versorgt. Für die fehlenden 2 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche werden Ersatzmittel geliefert werden. Sie sind für die rückliegende Zeit bereits angefordert und werden alsbald nach Eintreffen verteilt. Bezugsscheine für diese Kartoffelerersatzmittel erhalten die Empfangsberechtigten mit den neuen Lebensmittelkarten. Kartoffelkarten werden nicht mehr ausgegeben. Wer glaubt, noch Anspruch auf Kartoffeln zu haben, wolle sich vom Montag ab innerhalb 3 Tagen auf der Kartoffelstelle melden. Eine Nachlieferung von Kartoffeln bei vorzeitigem Verbrauch ist unmöglich, weil die Vorräte des Kommunalverbandes aufgebraucht sind. Deshalb und im Hinblick auf die Unklarheit der künftigen Belieferung ist größte Sparsamkeit am Platze. Offenburg, den 14. Januar 1920. Kommunalverband Offenburg-Stadt.